

Der Gemeindegewerksarbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerksarbeiter und Straßenbahner Deutschlands

:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538. ::
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 23

Cöln, den 17. November 1917.

V. Jahrgang.

Die Kriegstagung des deutschen Arbeiterkongresses.

Zum 4. Male traten die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Ende Oktober dieses Jahres in Berlin zusammen, um Stellung zu nehmen, zu den aktuellen Tagesfragen. Wenn auch die Gewerkschaftsbewegung in erster Linie sich mit den Bedingungen des Arbeits- und Dienstvertrages ihrer Mitglieder zu befassen hat, unmöglich aber kann sie als Glied einer großen Volksbewegung, an den Tagesfragen, die neben ihren rein politischen Seiten die größte Bedeutung für das soziale Leben haben, vorbeigehen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung darf von sich sagen, daß sie sich genügend Objektivität bewahrt hat, um nicht den Streit der Parteien zu vermehren. Unbefangen steht sie den Ereignissen gegenüber, nur besorgt um das Wohl von Volk und Vaterland.

So gab denn der deutsche Arbeiterkongress auf seiner vierten Tagung vom 28. bis 30. Oktober d. J. in Berlin in eindrucksvoller Weise die Meinung von 1½ Millionen deutscher, christlich und national gesinnter Arbeiter und Arbeiterinnen über das, was dem deutschen Volke in gegenwärtiger und kommender Stunde nützt, kund. Hoffen wir, daß die anwesenden Vertreter der bürgerlichen politischen Parteien und der Regierungsbehörden aus den Verhandlungen und Beschlüssen die Lehre mitgenommen haben, daß sich den Dank der einsichtsvollen Arbeiterkreise nur diejenigen verdienen, die anstatt politischer Krisen Beständigkeit, statt Knechtung fremder Völker die Freiheit des deutschen Volkes, statt Frieden um jeden Preis, die Brechung des Vernichtungswillens unserer Feinde, statt Benachteiligung der Arbeiterschaft auf staatsbürgerlichem Gebiet die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des ganzen Volkes, statt Stillstand der Sozialreform deren Fortschritt wollen.

Mit Recht jagte Kollege Stegerwald unter starkem Beifall der Versammelten in seiner einleitenden Rede, daß die deutschen Arbeiter die ewigen Krisen und den Kriegszielfreitritt gründlich satt hätten. Durch das viele Friedensgerede sind wir

dem Frieden nicht näher gekommen.

Wir bekämen auch dann keinen Frieden, wenn wir Elsaß-Lothringen preisgäben, denn dann würde von uns das linke Rheinufer gefordert werden, und wenn wir das hingäben, würde man von uns verlangen, daß wir in Deutschland eine demokratische Republik errichten sollten. Not tut, daß wir der Auffassung entgegnetreten, als ob Deutschland der Welt die Faust in den Nacken schlagen wollte; aber der Krieg muß mit der größten Rücksichtslosigkeit fortgeführt werden, bis der Wille unserer Feinde, uns zu vernichten, gebrochen ist.

Dann gilt es für uns, alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen und unsere moralischen Kräfte aufzufrischen, damit wir den Krieg

um eine Viertelstunde länger aushalten, als unsere Feinde. An Organisationen, die Zwiespalt in das Volk tragen, beteiligen wir uns nicht. Wir sind nicht gewillt, Amerika und England in unsere innerstaatlichen Verhältnisse hineinreden zu lassen. Die Monarchie ist für uns ein Stück Weltanschauung; darüber lassen wir mit uns nicht handeln. Mit Dankesworten gedachte Kollege Stegerwald der Truppen im Felde und ihrer genialen Leitung. Stehenden Fußes ehrte die Versammlung das Andenken der 75 000 Mitglieder unserer Organisationen, die den Heldentod gestorben sind.

Für den Reichskanzler sprach Staatssekretär Dr. Schwander der Arbeiterschaft Dank und Anerkennung aus für ihre Bewährung in der Kriegszeit. Auf sozialpolitischem Gebiete dürfe Deutschland auch fernerhin keine Anstrengungen scheuen. Generalmajor Scheuch, der Vorsitzende des Kriegsamts, erklärte, der Vernichtungswille der Feinde werde scheitern an dem deutschen Arbeiter, an seiner Widerstandskraft. So eins, wie unsere Front in Ost und West, so eins müsse daheim die große allgemeine Arbeitskameradschaft sein: zielbewußt, sicher und zuversichtlich. Jede versäumte Stunde sei eine Sünde an den gebrachten Opfern, eine Sünde an dem gemeinsamen Vaterlande.

Die deutsche Arbeiterschaft im Entscheidungsstadium des Weltkrieges.

lautete der erste Verhandlungsgegenstand, über den Stegerwald sprach. Ein großer Teil des Volksvertrauens sei in den ersten drei Kriegsjahren verwirrt worden und die kaiserlichen Erlasse dieses Jahres hätten den angerichteten Schaden nicht wieder voll gut machen können. Heute gelte es vor allem, jeden Gedanken auf eine glückliche Beendigung des Krieges hinzurichten. Neben der Zurückdrängung des Kriegszielfreites müsse sodann für viererlei Sorge getragen werden. Zunächst für die Schaffung politischer Gleichheit, mit der Klassenungleichheit müsse ausgeräumt werden, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen müsse baldigst verschwinden. Not tut ferner die Beseitigung der Beschränkungen der Koalitionsfreiheit und die Schaffung von Arbeitskammern. Weiter müsse auf dem Gebiete der Volksernährung alles getan werden, was möglich ist. Des weiteren müsse ein ertäglicheres Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, besonders in der Nahrungindustrie geschaffen werden. Es müsse gelingen, die organisierten Arbeiter und Unternehmer unter dem Vorsitz eines Beamten an einen Tisch zu bringen. Die Arbeiter selbst aber müßten alles daransetzen, um unser Heer schlagfähig zu erhalten, und so bald einen guten Frieden zu ermöglichen. Die deutschen Arbeiter könnten nicht zugeben, daß in Zukunft England das Herrenvolk, wir aber die Geloten sein sollten. Durch die Arbeit des deutschen Arbeiters muß die technische Überlegenheit unserer Feinde überwunden werden. Es darf jetzt nicht gestreift werden. Wir dürfen nicht die Mörder unserer eige-

nen Soldaten werden. Wir stehen vor einem Entweder oder. Entweder entschließen wir uns, für ein weiteres Jahr uns einzuschränken, schlechte Anzüge und gestickte Hemden zu tragen, in Holzschuhen oder barfuß zu laufen und bleiben dann Sieger, oder wir tun das nicht und werden dann für ein Jahrhundert Englands Sklaven sein. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen, komme was da wolle!

Unsere Bewegung und die Lebensfragen von Volk und Reich stellte Redakteur Zoos, M.-Gladbach, zueinander. Er gab ein Bild der Not und Bedrängnis unseres Vaterlandes und der Erfordernisse, die sich daraus ergeben. Das Vaterland ist verloren, wenn es seine Zukunft nur auf eine Rechtsungleichheit im Innern bilden kann. Darum tut in Staat und Gemeinde ein neues Wahlrecht not, ein wirklich allgemeines und gleiches, und die deswegen hänge in die Zukunft blicken, sollten nur Vertrauen setzen auf den deutschen Mann. Die Demokratie, die wir erstreben, ist keine Herrschaft der Masse, sondern ein Besorgtfeln aller um den Staat. Das parlamentarische Regierungssystem gehört nicht zu den entscheidenden Lebensfragen des deutschen Volkes. Keine Herrschaft der Parlamentarier, sondern eine Regierung der Besten und berufsmäßig Gebildeten. Wir sind Monarchisten, nicht nur aus Vernunft, sondern auch aus Gesinnung. Das soziale Königtum ist uns nicht feil. Für die Zukunft ist eine gewisse Staatskontrolle in unserem Wirtschaftsleben notwendig; ebenso gewerbliche Solidarität unter Gleichachtung und Gleichbewertung. Die Arbeiterchaft streckt die Hand aus, aber wo sind die Unternehmer, die sie ergreifen? Das Unten und Oben wollen wir nicht beseitigen, aber in jedem Volksgenossen soll der Mensch geachtet werden. Der Klassegeist soll überall weichen. Unsere Volksschulen dürfen nicht zu Armenschulen werden, und auch der Berechtigungschein zum Einjährigendienst ist in seiner heutigen Form eine Ungerechtigkeit. In der Bevölkerungspolitik gilt nicht das Wort, sondern die Tat. Die materiellen Sorgen der kinderreichen Familien müssen gemildert werden. Heimstätten sind nötig, aber vor allem muß die Gesinnung geändert werden.

Dringende Aufgaben der Sozialpolitik

hob Verbands-Geschäftsführer Koch, Elberfeld, in einem längeren Vortrag hervor. Durch den Krieg habe unsere Sozialpolitik die glänzendste Rechtfertigung erfahren, und niemals habe eine zwingendere Notwendigkeit zu ihrer energischen Fortbildung bestanden als jetzt. Im einzelnen erhob der Redner Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, hinsichtlich des Arbeitsnachweiswesens, der Arbeitslosenunterstützung, eines Arbeitskammergesetzes, des Koalitionsrechtes, des Jugend- und Frauenschutzes, der Arbeiterversicherung. Für die in den gemeinnötigen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten forderte er die Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Organisationen, sowie die Schaffung besonderer Einrichtungen, die zur Mitwirkung bei Festsetzung der Lohn- und Dienstverhältnisse berufen sind. In der Aussprache über den Vortrag trat Verbandsvorsitzender Wiedeborg, Berlin, für die Einbeziehung der Sozialpolitik in den Friedensvertrag ein.

Redakteur Becker, Berlin, behandelte die Kohlen- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter.

Redner verlangt unter anderem zur Sicherung der Volksernährung, die Voraussetzung für eine glückliche Beendigung des Krieges ist, kraftvolle Weiterführung unserer öffentlichen Lebensmittelversorgung, strengste Erfassung und Sicherung der Erntevorräte, weitgehende Aufklärung auf dem Lande über Sinn und Zweck der Ernährungsvorschriften, möglichste Verhinderung jeder weiteren Verteuerung der Lebensmittel, Vorzugs-Lebensmittelpreise für Minderbemittelte und Berücksichtigung der Kinderzahl, schärfsten Kampf gegen den Kriegswucher und den Schleichhandel, Einziehung der Wuchergewinne und Beschlagnahme des Vermögens der wegen Kriegswucher Verurteilten und endlich Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der nächstjährigen landwirtschaftlichen Produktion. — Die Rationierung des Hausbraudes

sei einheitlich anzuordnen. Der Bundesrat müsse für die kommende Kohlenversorgungsperiode Vorschriften erlassen, welche die Gemeindeverwaltungen verpflichten, die durch den § 6 des Kohlensteuergesetzes ermöglichte Steuerermäßigung für die minderbemittelten Volksklassen praktisch durchzuführen.

Unterstaatssekretär Braun aus dem Kriegsernährungsamt führte in der Aussprache aus, es müsse damit gerechnet werden, daß die Fleischmenge im laufenden Wirtschaftsjahr wohl geringer werde, als sie im verfloffenen gewesen sei. Die Brot- und Kartoffelration werde aber aufrechterhalten werden können. Die Kartoffelernte sei gut, es ständen etwa 3½ Millionen Tonnen Kartoffeln zur Verfügung. Vorsichtige Bewirtschaftung sei trotzdem nötig, da die Kartoffeln auch zur Brotstreckung und teilweise zur Ergänzung des mangelnden Viehfutters dienen müßten. Eine wöchentliche Ration von 10 Pfund sei daher einstweilen noch nicht zu empfehlen. Die Fettversorgung sei sehr schwierig; die Oelfruchtenernte aber sehr gut, so gut, daß die Erzeugung von Margarine verdoppelt werden könne. Hinsichtlich der Bekämpfung des Schleichhandels würden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Wo aber der Hunger oder noch mehr die Angst vor dem Hunger bestehen, schwinde die Achtung vor Gesetz und Strafe.

Der Stand der Arbeiterlöhne im Kriege

wurde vom Verbandsvorsitzenden Wieber, Duisburg, geschildert. Redner trat der Ansicht entgegen, als ob die Bezahlung der Arbeiter mit den Einnahmen der Kriegsgewinner in Vergleich zu stellen sei. 10 Mark Lohn habe jetzt nicht mehr Kaufkraft als 4 Mark vor dem Kriege. Mit der Preißeigerung der Lebensmittel hat die Erhöhung der Löhne nicht im mindesten Schritt gehalten. Wichtig ist, daß in der Rüstungsindustrie besonders hohe Löhne verdient werden, doch nur von einer kleinen Oberschicht der Arbeiter. Der weitaus größte Teil der Arbeiter hat auch heute noch Löhne, die nicht entfernt ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Dagegen erzielen die Unternehmer der Rüstungsindustrie vor allem die Betriebe der Groß- und Schwerindustrie, ungeheuerer Gewinne. Der Glaube an ungewöhnlich hohe Löhne ist auch bei manchen Kommandostellen verbreitet, und es ist sehr schwer, dagegen anzukämpfen. Im rhein.-westf. Industriegebiet sind von verschiedenen Kommandostellen Verfügungen erlassen, daß Lohnfragen in Versammlungen nicht diskutiert werden dürfen. Solche Verfügungen der Kommandobehörden bedeuten eine Knebelung der Arbeiter und kommen den Unternehmern zugute. Die Aktien der Burbacher Hütte befinden sich zum großen Teil in den Händen von Kapitalisten des feindlichen Auslandes. Indem man die Arbeiter dieses Unternehmens hindert, Lohnfragen auch nur zu diskutieren, werden also deutsche Arbeiter zugunsten englischer, französischer und belgischer Kapitalisten entrechtet. Will man Arbeitseinstellungen verhindern, dann muß man die Unzufriedenheit der Arbeiter, die auf unzureichende Löhne zurückzuführen ist, beseitigen. Wichtiger wie die Frage der politischen Neuorientierung ist die Frage: Wie schaffen wir unserem Volke Lohn und Brot?

Wohnungsfürsorge und Siedlungspolitik

behandelten Staatssekretär Rosadowsky und Redakteur Kollege Gasteiger München. Eine verständige Siedlungspolitik, so führte Graf Rosadowsky aus, ist eine Lebensfrage für Deutschland, daß wir ein „selbsterhaltendes“ Land werden, dazu ist die Parzellierung des Grundbesitzes und des Ausbaues des Kleinbesitzes eins der dringendsten Erfordernisse. In Frankreich ist diese Frage gründlicher gelöst. Bei einem genügenden Prozentsatz Kleinbesitz hätten wir schon jetzt genügend Obst, Gemüse, mehr Kartoffeln, Fleisch, Getreide, Fett und Butter. Wir müssen massenhaft Gärtnerstellen schaffen und Spatenkultur treiben. Bei einer gesunden Siedlungspolitik ist Deutschland imstande, sein eigenes Fleisch und Brot zu erzeugen, also unabhängig vom Ausland zu sein. Unsere Kinder dürfen solche Zeiten nicht wieder erleben. Ueber solche amtlichen Auslassungen, daß wir Kolonien brauchen für den Volks-

überschuß, habe ich nur Kopfschütteln gehabt. Solange wir Millionen fremder Arbeitskräfte beschäftigen, ist von einem Volksüberschuß keine Rede. Für Plantagenbau mögen Kolonien berechtigt sein. Wir müssen aber nicht mit kolonialen Erwerbungen rechnen, sondern Wege schaffen, daß in Deutschland jeder Deutsche die Mittel zum Fortkommen im bürgerlichen Leben finden kann. Siedlungspolitik ist nicht nur eine Frage des Aufstiegens, sondern eine Ernährungsfrage. An ihr haben daher alle Klassen Interesse. Möge sich nach dem Kriege ein Staatsmann finden, der die Siedlungsfrage so glücklich durchführt wie Frhr. v. Stein und Hardenberg die Befreiung des Bauernstandes, dann werden wir ein gesundes, glückliches Volk sein.

Zu allen Vorträgen gelangten entsprechende Entschlüsse zur Annahme.

Nach Erledigung der Tagesordnung fand der Kongreß mit einer Schlußrede Stegerwalds sein Ende.

Im Rahmen eines Zeitungsartikels ist es unmöglich diese Tagung auch nur im entferntesten richtig zu würdigen. Wir verweisen daher auch an dieser Stelle unsere Mitglieder auf einige kleine Broschüren, die demnächst erscheinen werden, in denen die Verhandlungen ausführlich wiedergegeben sind.

Aus unseren Berufen.

Erhöhung der Teuerungszulagen für die staatlichen Museumsarbeiter in Berlin. Im September dieses Jahres reichten wir eine Eingabe der Königl. Museumsverwaltung ein, in der für die Museumsarbeiter und die Handwerker und Arbeiter der Gipsformerei eine Erhöhung des Lohnes um 1,50 Mk. pro Tag gewünscht wurde. Diesem Antrage ist leider nicht stattgegeben worden. Anstatt der Lohnerhöhung wurde mit Wirkung vom 1. Juli ab eine Teuerungszulage für Ledige im Betrage von 6 Mk., für Verheiratete von 12 Mk., und für jedes Kind 6 Mk. pro Monat bewilligt. Diese Zulagen reichen aber nicht im entferntesten aus einen Ausgleich gegenüber der erheblichen Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Monaten zu schaffen. Aus dem Grunde wurde beschlossen, an der zuständigen Stelle nochmals mit der alten Lohnforderung vorstellig zu werden.

Nachklänge zur Kölner Lohnbewegung. Der „Courier“, das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes fühlt sich mal wieder bemüht, die alten Unwahrheiten der „Rheinischen Zeitung“, die längst widerlegt sind, nochmals aufzuwärmen. Wir müssen es im Interesse der Kollegen ablehnen, auf diese persönlichen Ausapfungen an dieser Stelle zu antworten. Anscheinend fühlt sich ein Teil der Kölner Straßenbahner nicht mehr wohl in den Reihen der Sachträger und Maulhelden, und sollen mit derartigen Anpöbelungen und faustdicken Dingen an der Stange gehalten werden.

Bundschau.

Auszeichnung. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen: Adolf Kennemann, von der Ortsgruppe Hannover, August Meernau, Ortsgruppe Baden-Baden und Willi Wojezekewicz von der Ortsgruppe Graudenz. Unseren herzlichsten Glückwunsch. Leider werden den letzteren Kollegen unsere Glückwünsche nicht mehr erreichen, da er inzwischen seine Treue und Pflichterfüllung mit dem Tode besiegelt hat.

Erhöhung der Kriegerfamilienunterstützung. Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, die folgendes besagt: „Die Lieferungsverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die

spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen. Bis zum Betrage von 5 Mk. für jeden Unterstügten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstügungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge.“

Danach tritt also für alle Kriegerfamilien eine Erhöhung der Unterstügung ein; um wieviel, darüber entscheiden die Lieferungsverbände. Da das Reich beisteuert, werden diese sich gewiß zu besseren Sätzen entschließen, als es ohne eine solche Beihilfe möglich wäre.

Aus den Ortsgruppen.

Cöln (Auffeher). Wie in manchen anderen, durch die Kriegsnotwendigkeiten entstandenen städtischen Betrieben, wie Kriegsküchen, städtische Verkaufsstellen, Lebensmittelämter usw., so sind auch beim städtischen Kartoffelamt Cöln die Lohn- und Dienstverhältnisse der dort tätigen Angestellten nicht in allen Teilen so, wie dies aus sozialwirtschaftlichen Gründen wohl erwartet werden dürfte. Der Grund hierfür ist nun weniger ein Mangel an gutem Willen der Verwaltung, als vielmehr in dem Umstande zu suchen, daß ein richtiger Maßstab für die Lohn- und Dienstverhältnisse solcher Betriebe fehlt, da Letztere eben erst durch den Krieg geschaffen wurden. Dazu kommt, daß solche Betriebe durchweg soziale Einrichtungen für die Allgemeinheit darstellen, die Leitung der Betriebe besonders bestrebt ist, diese Betriebe möglichst so zu gestalten, daß die durch denselben bediente Allgemeinheit möglichst wenig durch sie belastet wird. Gegen letzteren Grund kann vernünftigerweise wohl kaum etwas eingewendet werden. Jedoch darf er nicht dazu führen, daß dieserhalb sonst allgemein anerkannte soziale Rücksichten gegenüber Angestellten und Arbeitern außer Acht gelassen werden. Der erste angeführte Grund aber ist um so weniger stichhaltig, als man mangels eines richtigen Maßstabes von seiten ähnlicher Betriebe, doch in sozialer Hinsicht den Angestellten und Arbeitern dieser Notbetriebe mindestens daselbe gewähren sollte, was man allen Angestellten und Arbeitern der übrigen städtischen Betriebe zubilligt. Dies geschieht aber in mancher Beziehung nicht.

Um nun nach dieser Richtung hin eine Besserung anzustreben, haben sich eine Anzahl der Auffeher des Kartoffelamtes dem Zentralverbände der Gemeindefarbeiter und Straßenbahner Deutschlands angeschlossen und in einigen Sitzungen beraten, welche Wünsche der Verwaltung zu unterbreiten seien. Man einigte sich nun dahin, vor allem eine Erhöhung der Löhne der Auffeher auf 2,10 Mk. pro Tag zu beantragen. Dies sei das Mindeste, wodurch wenigstens in etwa ein Ausgleich gegenüber den jetzigen enorm hohen Kosten für die gesamte Lebenshaltung geschaffen werden könne. Hierbei sei auch zu berücksichtigen, daß die Umsicht und Aufmerksamkeit bei Kontrolle über ein für die Volksernährung so überaus wichtiges Produkt doch mindestens so hoch zu bewerten sei, wie manche andere weit höher bezahlte Tätigkeit. Auch die bisherige Bezahlung der Ueberstunden wurde als zu niedrig bemängelt und verlangt, daß dieselben, wie dies auch bei den städtischen Arbeitern üblich ist, mit 33 1/3 Prozent Aufschlag zum normalen Lohn vergütet werden. Ein weiterer Wunsch der Leute geht dahin, daß ihnen freie Fahrtgelegenheit auf der Straßenbahn gewährt würde. Als Zurücksetzung gegenüber anderen städtischen Angestellten und Arbeitern empfinden die Auffeher die nur 24stündige Kündigungsfrist. Es wurde denn auch eine mindestens ebensolange Kündigungsfrist verlangt, wie sie für die städtischen Angestellten und Arbeiter im allgemeinen üblich ist. Wenigstens wird es als Härte bezeichnet, daß in Krankheitsfällen eine Lohnfortzahlung nicht stattfindet. Auch die Lieferung von Regenmänteln wäre, weil die Auffeher bei ihrer Tätigkeit jeder Witterung ausgesetzt sind, dringend erwünscht.

Da die aufgeführten Wünsche über den Rahmen dessen, was unbedingt erforderlich erscheint, nicht hinausgehen, darf wohl erwartet werden, daß die Verwaltung diesen Wünschen recht bald Rechnung trägt. Dies ist um so mehr zu hoffen, als die Verwaltung schon wiederholt bewiesen hat, daß sie über das notwendige soziale Verständnis für berechnete Forderungen ihrer Angestellten und Arbeiter verfügt.

Pflicht der Auffeher aber wird es sein, ihre Tätigkeit in besser, gewissenhafter Weise in den Dienst der Stadtverwaltung zu stellen. Aber auch ihre Standespflichten dürfen sie dabei nicht vernachlässigen. Und dazu gehört vor allem die Stärkung der Be-

rutzorganisations. Denn nur mit Hilfe der letzteren wird es auf die Dauer möglich sein, die Lebenshaltung der Angeestellten und Arbeiter zu heben.

Neuwied (Gemeindearbeiter). Nachdem sich in letzter Zeit die Mehrzahl der Handwerker und Arbeiter aller städtischen Betriebe der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen, befaßte sich unsere letzte, gemeinsam mit dem christl. Metallarbeiterverbande veranstaltete Versammlung mit der Frage, welche Wünsche der Arbeiterchaft der Stadtverwaltung unterbreitet werden sollen. Die unserem Verbands angehörenden Kollegen hatten schon früher diese Frage beraten, und beschlossen, nach Rücksprache und Verständigung mit dem Metallarbeiterverbande, dem schon seit längerer Zeit ebenfalls ein Teil der städtischen Handwerker und Arbeiter angehört, dem Bürgermeisterrate und Stadtverordnetenkollegium folgende Wünsche vorzutragen: „Eine Lohn-erhöhung von 1.4 pro Tag für alle Handwerker und Arbeiter, Bezahlung des für den Sommer vorgesehenen Lohnes auch im Winter, Durchzahlung der in die Woche fallenden Feiertage, Bezahlung der Ueberstunden mit 33 1/2 Prozent und Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent zum Lohn, Lohnauszahlung am Freitag jeder Woche und Gewährung von Urlaub je nach Dienstalter, und zwar nach einem Dienstjahre 3 Tage, nach 3 Dienstjahren 5 Tage und nach 5 Dienstjahren 7 Tage.

Nachdem sämtliche Kollegen diesen Vorschlägen zugestimmt hatten, wurden die Verbandsleitungen der beiden genannten Verbände beauftragt, dieselben der Stadtverwaltung vorzulegen.

Trotzdem wir die Schwierigkeiten, mit denen die Stadtverwaltungen in der jetzigen Kriegszeit zu kämpfen haben, durchaus nicht unterschätzen, glauben wir doch annehmen zu dürfen, daß Stadtverwaltung und Stadtverordnetenkollegium von Neuwied die unbedingte Notwendigkeit der gewünschten Maßnahmen anerkennen und dieselben recht bald zur Durchführung bringen werden. Die städtischen Arbeiter aber müssen durch treues Festhalten an ihrer Organisation und dadurch, daß sie die wenigen der Organisation noch fernstehenden Kollegen für diese zu gewinnen suchen, dazu beitragen, daß ihre berechtigten Wünsche Berücksichtigung finden.

Nürnberg. Am 2. November hielt unsere Ortsgruppe im Bedengarten eine außerordentliche Versammlung ab, in der zunächst örtliche Angelegenheiten behandelt wurden. Infolge Nichttritts des 1. Vorsitzenden wurde Kollege Gast mit der Leitung der Ortsgruppe bis zur nächsten Generalversammlung beauftragt. Zu Punkt 2 gab Kollege Stolz die Abrechnungen des 1. bis 3. Vierteljahres bekannt, die ein Bild ergaben, wonach die Ausgaben für die Kranken- und Sterbegelder in jedem Vierteljahre bedeutend höher waren als die Einnahmen für die Hauptkasse. Bezirksleiter Weizler bezeichnete diese Erscheinung als eine Folge der Unterernährung, die mehr Krankheiten und Todesfälle verursache, als bei Friedenszeiten. Zu Punkt 3 gab Kollege Gast das vom Zentralvorstand herausgegebene Rundschreiben betr. Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf pro Woche ab 1. Januar 1918 bekannt. Nach kurzer Aussprache wurde einstimmig (auch seitens der anwesenden Kolleginnen) beschlossen, die Beitragsserhöhung durchzuführen. Zum Schluß hielt Kollege Weizler einen äußerst befruchtig aufgenommenen Vortrag über Verhandlungen und Beschlüsse des vierten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin.

Zwickau (Sachsen). In unserer am 31. Oktober im „Deutschen Hause“ einberufenen Versammlung konnte bei Eröffnung derselben unser Vorsitzender, Kollege Birkelbach, 2 Gäste in dem erscheinenden Sekretär des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften für Bayern, Kollegen Junke, und unseren dortigen Bezirksleiter, Kollegen Weizler aus München begrüßen. In Verhinderung unseres Hauptvorsitzenden, Kollegen Dedenbach-Köln, hielt zunächst Kollege Junke einen Vortrag, in dem er über die auf dem christl.-nationalen Arbeiterkongreß in Berlin aufgestellten Forderungen im neuen Deutschland berichtete und zur Erreichung derselben eine tatkräftige Stärkung unserer Arbeiter- und Angeestelltenorganisationen verlangte. Nicht einverstanden mit dieser Aufforderung war ein für die sozdem. Gewerkschaften sprechender Genosse. Er sagte die aus dem sozdem. Agitationskatechismus gelernten Sprüche vor, die ungefähr lauten, daß nur die sozdem. Gewerkschaften und die mit diesen verbundene Partei die Interessen der Arbeiterchaft richtig vertreten könne. Sein eingetübtes Sprüchlein von der Gründung der christlichen Gewerkschaften im Interesse der Unternehmer usw. verflocht selbst bei seinen Freunden jede Wirkung. Unseren Mitgliedern machte er den Vorwurf, daß einzelne derselben, den sogenannten freien Gewerkschaften beim Gas-

arbeiterstreik 1913 in Zwickau in den Rücken gefallen seien. Herr Junke wies diese Angriffe entschieden zurück, die nur benutzt würden, um die unserer Bewegung fernstehenden Arbeiter kopfscheu zu machen.

Kollege Birkelbach erwiderte dem Genossen, daß unsere Ortsgruppe zur Zeit des Gasarbeiterstreiks noch gar nicht bestanden habe, also auch keine Streikbrecher stellen konnte, dagegen waren es Mitglieder sozialdemokratischer Verbände, die den eigenen Genossen in den Rücken fielen. Wenn man die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Weidau ansehe, die schon viele Jahre dem sozdem. Verbands und der Partei angehörten, dann fällt die Behauptung, nur der sozdem. Verband und die hinter ihm stehende Partei kämen für die einzig richtige Interessenvertretung der Arbeiterchaft in Betracht, in sich zusammen. Kollege Weizler erklärte die grundsätzlichen Forderungen unseres Verbandes für: den Gemeindearbeiter auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Urlaubswesen, Bezahlung unverschuldeter, versäumter Arbeitszeit, der Invaliden, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung. Diese Fragen mitzulösen nach dem Kriege, erachte der Verband als seine dringendste Aufgabe, in allen Städten, wo derselbe Fuß gefaßt habe. Nachdem Kollege Birkelbach die vom Räte der Stadt Zwickau erhaltene Mitteilung betr. Erhöhung der Kriegslöhne bekanntgegeben hatte, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Verbandsnachrichten.

Infolge der Kriegszustände sind die Ausgaben des Verbandes für Kranken- und Sterbegeld um über hundert Prozent gestiegen. Im Vorjahre wurden über 49 Prozent der gesamten Einnahmen für Unterstützungen verausgabt. Eine weitere Mehrbelastung des Verbandes ergab sich durch die Erhöhung der Preise für Papier, Druck des Verbandsorgans, Erhöhung der Postgebühren, Steuerzuschläge für die Verbandsangestellten usw. In Berücksichtigung dieser Umstände hatte der Zentralvorstand bei den Ortsgruppen die Erhebung eines Kriegszuschlages von 10 Pfennig pro Woche angeregt. So weit die zu diesem Zwecke einzuberufenden Generalversammlungen bis heute stattgefunden haben, ist mit einer einzigen Ausnahme, fast einstimmig die Erhebung des Kriegszuschlages von 10 Pf. die Woche beschlossen worden. Wir bitten die noch ausstehenden Ortsgruppen baldigst die Generalversammlung anzuberufen und der Hauptgeschäftsstelle das Ergebnis der Abstimmung mitzuteilen.

Abgerechnet vom 2. Quartal haben die Ortsgruppen: Augsburg, Baderborn, Essen, Köln (Str.), München Berlin und Birmasens. Vom 3. Quartal: Köln (Schuld.), Pforzheim, Dillingen, Bonn (Str.) Landshut, Osnabrück, Werneck, Crefeld, Amberg, Rosenheim, Hannover, Trier, Zwickau, Laufen, Dransdorf, Mannheim (G.), Starnberg, Regensburg, Bamberg, Millheim, Würzburg (G.) Würzburg (Str.), Heidelberg, Pasing, Silbesheim, Freising, Mannheim (Str.) und Baden.

Neue Ortsgruppen wurden in letzter Zeit gegründet in Lindau, Besseling, Passau, Neuwied (G.) und Neuwied Strassenbahner.

Der Zentralvorstand.
S. U.: Peter Dedenbach.

Gedentafel.

Gestorben ist der Kollege
Georg Wittmann, Werneck.
Ehre seinem Andenken!

Redaktion und Verlag: G. S i c m a n n, Köln, Venloerwall 8.
Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarstr. 9.